

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. M. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Jach,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Preuss. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 64 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abkaltung von Partei-, Vereins- und Vorkommnissen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Zeit-Beile berechnet.

Nr. 82.

Mittwoch, 21. Juli.

1875.

Protokoll über den Congreß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei

(Eisenacher Programm)

zu Gotha, Kaltwasser's Restaurant.

(Schluß.)

Es erhielt hierauf Rotteler das Wort, um über den Schrif-
tenbetrieb zu berichten. Man könne mit dieser 1/2-Jahresbilanz,
welche des Allgemeinen Congresses wegen notwendig gewesen,
gewiß zufrieden sein. Der Ueberschuß beträgt 5100 Mark 42 Pf.
Daß die Abrechnung nicht rechtzeitig fertig gestellt gewesen,
theils in der Agitation zur letzten Reichstagswahl, theils
in einer Agitationsreise, die er zu machen gehabt, seine Begründung.
— Es habe sodann die definitive Feststellung der alten Restanten für Abonne-
ment und Schriften unbedingt vorgenommen werden müssen, und
seien da 11 große Listen aufzustellen gewesen, welche einen Soll-
Betrag von ca. 1680 Thlr. repräsentieren. Besser späte und klare,
als frühzeitige und unklare Ziffern. Es seien täglich 10—15 Ein-
gänge neben der Expedition des „Volksstaat“ zu besorgen gewesen,
wie auch in letzter Zeit die Versendungen von Schriften viel
bedeutender gewesen seien. Das Schriftenlager sei vollständig inven-
tarisiert worden, um klare und sichere Ziffern zu bekommen; es
sei dabei sehr gründlich vorgegangen, und eher unter- als überschätzt
worden. Redner geht dann zu den Filial-Expeditionen über und
erwähnt deren starke Restanten; es müsse künftig dabei äußerlich
streng vorgefahren werden. Die Bürgschaften der Mitglieder ver-
schiedener Orte für ihre Local-Expeditionen hätten sich oft als un-
genügend erwiesen. Das Restanten-Conto hierbei weise einen nicht
unbedeutenden Theil seiner Beträge als Filialrestante auf. Wie viel
weiter wären wir nicht, wenn Alle ihre Schuldigkeit thäten, damit
solche Ausfälle nicht eintreten. Redner schließt mit dem Wunsch,
man möge doch das Borurtheil ablegen, als seien die Expeditionen
Bummler, wenn eine Bestellung einmal nicht sofort effectuirt werde.
Es sei oft nicht möglich, sofort zu expediren, wenn man in Betracht
nehme, daß die dreimalige Expedition des „Volksstaat“ viel Zeit in
Anspruch nehme, und auch die Zahl der Beamten keine allzu große
sei. Oft würden Sachen bestellt, die man selbst erst beim Buch-
händler bestellen müsse, und das dauere oft lange, ehe sie einträfen.
Es möge sich auch jeder Besteller zeitiger einrichten und noth-
wendige Bestellungen nicht auf den letzten Augenblick verschieben.
Kotowski stellt den Antrag:

„Die Ueberschüsse der Volksstaats-Expedition sind zu weiterer
Ausdehnung der Expeditions-Wirksamkeit zu verwenden.“
Auer als Revisor berichtet: Die Revisoren hätten einige
Mängel gefunden, die aber nicht den einzelnen Beamten zur Last
gelegt werden könnten; es seien Mängel, wie sie in jedem Geschäft
einmal vorkommen. Auch fehle eine Arbeitskraft, dasern alles präcis
besorgt werden solle. Die Inventuranahme scheine ihm durchaus
zu billig und strenge es ihm, daß das Restanten-Conto endlich bis
auf ein Minimum herabgestellt worden sei. Es müsse darauf ge-
drungen werden, daß bezahlt werde. Wer nicht als sicher bekannt
sei, dem dürfe man auch unbedingt nicht creditiren.

Geib beantragt:
„Aus dem Ueberschuß der Expedition die in Chemnitz zu
bezahlende Ausschussschuld von Mark 144,70 zu tilgen.“
Kotowski: Das Amendement Geib müsse vorher zur Abstimmung
kommen. Die Ueberschüsse sollten nicht aufzuspeichern werden.
Man könne immerhin in principielle Hinsicht, etwa für Agitation u.
dieselfben verwenden.

Bahlreich ist der Ansicht, daß, wenn Rotteler nach dem
Grundriss verfähre, Aenderung zu schaffen und ohne jede Rücksicht-
nahme Augenstände einzutreiben, dies doch in bestimmten Fällen
etwas zu hart sein und manchmal mehr Schaden als Nutzen dürfte.
Rotteler möchte etwas mehr Milde abwalzen lassen gegenüber von
Mitgliedern, die oft selbst durch Andere mißbraucht worden und
deshalb bei der Expedition in Schuldverhältnisse gerathen seien.
Die frühere und allzu milde Praxis in Leipzig sei zwar auch viel
mit Schuld daran, daß jetzt energisch vorgefahren werden müsse. Er
sei nicht dagegen, daß dies geschehe. Er empfehle aber Milde in
angewandter Weise.

Geib constatirt, daß schon viel Milde bei Eintreibung der
Reste abgewandt, indem viele Schuldreste gestrichen worden seien.
Ramm: Es hätte allerdings Vieles anders sein können.
Oft fehlte die Zeit dazu. Ebenso nehme das Ausschusssbüro,
als welches die Expedition von den Parteigenossen vielfach benützt
werde, sehr viel Zeit in Anspruch. Man könne die Parteigenossen
nicht immer so kurzweg abfertigen. — Man könne aber gegenüber
der Bilanz die Frage aufwerfen, wie es komme, daß so viel Ueber-
schuß vorhanden sei, anstatt daß man billigere Preise für die
Druckereizugabe gestellt habe. Es komme dies einfach daher,
daß man bei Herausgabe von Drucksachen eine genaue Calcula-
tion anstellen müsse, bei welchem Preise man auf die Kosten
komme, und hierbei müsse man auch voranschickliche Reste und
Ausfälle mit in Anrechnung bringen, wie solche in den von
Rotteler erwähnten 1680 Thlr. sich eingestellt haben und jederzeit in
jedem Geschäft vorkommen; deshalb müsse man aber auch die Preise
in jedem Geschäft vornehmen, deshalb müsse man, als der Selbst-
preis Stück um einige Pfennige höher berechnen, als der Selbst-
kostenpreis ausmache; schon der einfachen Rechnung wegen müsse
dies öfters geschehen. Diese überschüssigen Pfennige seien es haupt-
sächlich, welche den Ueberschuß ergeben hätten, von welchem etwaige
Verluste dann gedeckt werden müßten. Der Druckerei komme es
nicht darauf an, Ueberschüsse zu erzielen, sondern darauf, viel zu
leisten, dazu sei aber das hauptsächlichste Erforderniß, daß die
Rechnung prompt und entsprechend ausgezahlt werden könnten. Es
sei durchaus kein Leichtes, sie rechtzeitig zur Stelle zu schaffen.

Zum Schluß constatirt Redner, daß die Druckerei während der
Wahlbewegung namentlich und überhaupt viele Druckaufträge im
Interesse der Partei ohne Baarzahlung ausgeführt habe und
man ihr dann keinen Vorwurf machen könne, wenn sich in solchen
Fällen nachträgliche Verluste ergäben. — Redner bespricht noch,
daß das Anschuß-Conto bei Chemnitz durch die Expedition Leipzig
ausgeglichen werden möge.

Nach einigen unwesentlichen Anfragen und persönlichen Be-
merkungen wird der Antrag Kotowski mit dem Amendement Geib
angenommen.

Darauf erstattet Fin! Bericht über den Stand des „Volks-
staat“. Aus einer speciellen Vorlesung der Versendungsweise des
„Volksstaat“ ergibt sich, daß derselbe eine bestimmte Auflage von
5877 Exemplaren hat. Redner bemerkt hierzu: Der neuerdings
vermuthete Rückgang im Abonnement sei nur scheinbar; die Filial-
Expeditionen hätten sich früher immer viel mehr Exemplare schicken
lassen, als sie in Wirklichkeit abgesetzt hätten; wenn am Schluß
des Quartals Bezahlung verlangt worden sei, dann habe man
Pakete von 100 bis 1000 Exemplaren zurückgeschickt. In letzter
Zeit hielt die Expedition darauf, daß nur einige Exemplare mehr
geschickt würden, damit solche Unannehmlichkeiten nicht wieder vor-
kämen. Ebenso würden auch in Zukunft von Parteigenossen, welche
3 Monate mit Annoncengeldern restituiren, keine Annoncen mehr
ausgenommen; man könne sich darüber nicht beschweren, es müsse
Ordnung geschafft werden. Privat-Annoncen würden nur noch
gegen Baarzahlung aufgenommen. Was den Schriftenvertrieb be-
trifft und die vielen Klagen über unregelmäßige Versendung dabei,
so müsse er bemerken, daß man unmöglich alles dem Expeditions-
personal in die Schuhe schieben könne. Oft würden Notizen im
Briefkasten des „Volksstaat“ gar nicht beachtet, man könne doch
nicht jedem einen Brief schreiben. Man möge aber künftig etwas
mehr darauf sehen, anstatt grobe Briefe zu schreiben.

Geib empfiehlt anstatt der Briefkasten-Notizen Postkarten zu
senden.

Ruhn fragt an, wie es mit der Wiederherausgabe einer Agi-
tations-Kummer des „Volksstaat“ stehe, da dies doch von einem
früheren Congreß beschlossen sei. Ferner beklagt sich Redner dar-
über, daß die Streiberichte nicht zu gehöriger Zeit abgedruckt
würden. Das sei unbedingt notwendig, wenn er auch zugeben
wolle, daß die Gewerkschaftsberichte nicht immer ausführlich und
in zu großer Anzahl gebracht werden könnten. In Bremen hätte
er betreffs eines ausgebrochenen Schneiderstreikes ein Telegramm
nach Leipzig an den „Volksstaat“ geschickt, welches erst 8 Tage
später aufgenommen worden sei.

Liehnrecht antwortet hierauf, daß von den alten Agitations-
Nummern noch viele vorhanden seien und man eher keine neuen
drucken wolle, als bis die alten vergriffen seien. Die Gewerkschafts-
berichte seien stets pünktlich bevorzugt worden, es könne aber
bei täglich 13—14 eingehenden Berichten, die fast alle umgearbeitet
werden müßten, einmal ein Versähen vorkommen; die Telegramm-
Geschichte begreife er nicht; es sei vielleicht während der Feier-
tage gewesen. Jeder Streibericht werde aufgenommen, sobald er ein-
trifft. Es werde der Redaction sogar vorgeworfen, daß sie zu viel
Gewerkschaftsberichte bringen.

Geib bemerkt, daß der Anschuß beschlossen habe, mit dem
Druck einer Agitations-Kummer nur dann vorzugehen, wenn die
alten Exemplare vergriffen seien. Ebenso sei der Anschuß der
Meinung, daß die Redaction des „Volksstaat“ eher zu viel Ge-
werkschaftsberichte bringe als zu wenig. Betreffs der Beschwerden
über zu späte Aufnahme von Berichten bemerke er, daß z. B. ein
Bericht für die Mittwochszahl schon am Montag in Leipzig
sein müsse, um noch Aufnahme zu finden.

Schumacher spricht sich, obwohl früher beschlossen worden
sei, die Filialen möglichst aufzuheben, doch für Beibehaltung der-
selben aus, weil sie beifut der Agitation praktisch seien. In
Preußen müsse man z. B. einen Gewerkschein für 18 Thlr. lösen,
um das Geschäft besorgen zu können. Es sei deshalb aber auch
notwendig, daß man den beth. Leuten etwas mehr Rabatt oder
die Mittel zur Beschaffung solcher Scheine bewillige. In Darmen
seien z. B. Versammlungen unmöglich gewesen, und hätte man die
ganze Agitation durch Schriftenvertrieb machen müssen. Er bitte
also, seinen Vorschlag zu berücksichtigen.

Bronnemeier (Söppingen) schließt sich der Ansicht Schu-
macher's an und meint, das Abonnement auf den „Volksstaat“
sei früher bei Filialen günstiger gewesen, als jetzt beim Post-
Abonnement.

Geib schlägt vor, die Verbreitung des „Volksstaat“ und der
Schriften mehr local dergestalt zu organisiren, daß man einzelne
kleine Filialen zu vereinigen suche. — Ferner erklärt der Redner
auf eine dahin gehende Anfrage, daß die gleichen Formate bei
Schriften immer innegehalten worden seien, wo der Druck u. durch
die Genossenschaft besorgt worden sei; der Anschuß habe es sich
angelegen sein lassen, in dieser Hinsicht möglichst zu wirken.

Nach einer kurzen Besprechung über die auf dem Allgemeinen
Congreß in Frage kommende Personenfrage erklärt der Vorsitzende
Geib die sozial-demokratische Arbeiterpartei (Eisenacher Programm)
für aufgehoben und die Versammlung für geschlossen.

Ueber die gewerkschaftliche, politische und lokale Agitation.

Herr Hillmann hat in Nr. 73 und 74 des „Volksstaates“
eine Anzahl meiner deutlich ausgesprochenen Sätze verdreht und
hatte es dann freilich leicht, in dem Tone der Superiorität die
Unrichtigkeit dieser von mir nicht aufgestellten Behauptungen zu

rügen. Es ist das ein viel gebräuchliches Manöver, um mit
einem gewissen Eclat eine abweichende Ansicht zu bekämpfen. Wer
die Artikel des Herrn Hillmann mit den meinigen vergleicht, wird
das selbst finden; für Diejenigen, welche jene Nrn. 73, 74 und 68
nicht zur Hand haben, gebe ich einige Notizen.

Wenn Herr Hillmann sagt, ich schlage blindlings auf diejenigen
Arbeiter als Gegner des Sozialismus los, welche sich an der Ge-
werkschaftsbewegung betheiligen, weil sie der Ansicht sind, daß an
eine gründliche Verbesserung vorerst nicht zu denken ist, dann hat
er, Hillmann, in die Luft gehauen. Denn ich rede nicht einmal
gegen Betheiligte an der Gewerkschaftsbewegung, sondern für
dieselbe; und wenn ich vor einigen nach meiner Ueberzeugung auf
diesem Wege nicht zu verwirklichenden Hoffnungen warne, so thue
ich es, um der Erreichung des Möglichen, den „kleineren Aufgaben“,
mit denen die Gewerkschaftsbewegung sich nach meiner Ansicht be-
gängen soll, erst recht Vorschub zu leisten. Von „kleineren Auf-
gaben“, nicht von „kleinen“ habe ich gesprochen, das ist in dem
vorigen Zusammenhang ein gewaltiger Unterschied. Denn seine
Kraft einer kleineren Aufgabe als den mit bestimmten Mit-
teln unerreichten zuzuwenden, ist nur lobenswerth, sie einer
„kleinen“ Aufgabe zu widmen ist nur bei kleinen Kräften rath-
sam. Was ich in Nr. 68 als Aufgabe der Gewerkschaften be-
zeichnete, schätze ich wahrlich nicht gering, wie möchte ich sonst in
gleichem Altem die gewerkschaftliche Agitation empfehlen? Nein,
jene Aufgaben der Gewerkschaften sind werth, daß die Arbeiter
Kraft und Zeit für sie einlegen. Das ist kein Gegenstand des
Streites unter uns, ebenso wenig sind einige Duzend andere Sätze
über gewerkschaftliche Agitation und über die sozialistische Lehre,
welche Herr Hillmann in seiner langen Kritik bringt, Streitobjekte,
sie werden eben von allen Sozialisten unterschrieben. Vollständig-
keit kann in einem Artikel, und wenn er so lang ist als Herrn
Hillmann's und meine zusammengerochen, nicht geliefert werden,
möglichste Vollständigkeit auf engem Raum erstrebte ich, wo ich
mir bewußt war, von einem großen Theile meiner Parteigenossen
abzuweichen.

Der wahre Streitpunkt ist der, daß ich der Gewerkschaftsbe-
wegung keinen entscheidenden Einfluß auf die dauernde Erlangung
längerer Arbeitszeit und höheren Lohnes zutraue, und zwar ver-
stehe ich unter höherem Lohn einen, der über die Vertheuerung der
Lebensmittel und Wohnungsmiethe hinausgeht. Ich habe
aus Gründen der Vernunft die Unmöglichkeit behauptet, auf dem
Wege der gewerkschaftlichen Regelung des Arbeitsangebots die materielle
Stellung der Arbeiterklasse erheblich und dauernd zu verbessern,
weil nämlich, um es kurz zu wiederholen, die Arbeiterklasse durch
die Anzahl der Mägen und die Kleinheit des Geldbetrags der
Kapitalistenklasse gegenüber ökonomisch ohnmächtig sei. Allein
Praxis geht über Theorie. Wäre mir nachgewiesen, daß eine größere
Anzahl von Gewerkschaften durch einmüthiges Zusammenhalten für
weniger Arbeit gleichen oder mehr Lohn (gemeint nach den Haupt-
bedarfspreisen) errungen habe, dann wäre ich geschlagen, und wäre
gern geschlagen. Herr Hillmann nennt mir einstweilen 5 Gewerke,
deren Beschlüsse von den Arbeitgebern respektirt würden. Gut!
Die persönliche Stellung des Arbeiters dem Arbeitgeber gegenüber
ist jetzt überhaupt eine würdiger, dies große Resultat verdanken
wir der gesammten Arbeiterbewegung, und zum großen Theile der
gewerkschaftlichen Seite desselben. Allein, haben es jene Gewerke
dahin gebracht, daß ein Familienvater jetzt besser seine Familie er-
nähren und ihr bessere Wohnung verschaffen kann? Dahin muß
es aber kommen, und zwar nicht für einzelne, vielleicht zeitweise
durch besondere Umstände begünstigte Gewerke, sondern für alle,
auch für den Fabrik- und Handarbeiter und für den ländlichen
Arbeiter. Gewerke, deren Arbeiter nicht schnell ersetzt werden kön-
nen, haben es verhältnismäßig leicht, durch Verabredung den Preis
der Arbeit zu steigern und unter Umständen 2—3 Jahre lang auf
der Höhe zu halten, durch übermäßigen Zubrang zu diesem Ge-
werke kommt dann regelmäßig nach Jahren die Reaction und
dauert länger als die gute Zeit. Wir sehen das recht eclatant bei
der Klasse der Geistesarbeiter, welche, so weit sie nicht die Pro-
duction der Regierung und der hohen Bourgeoisie genießen, materiell
ganz miserabel gestellt ist, weil die leidliche Stellung in früheren
Zeiten übermäßigen Zubrang veranlaßt hat.

Die jetzt, das giebt mir Herr Hillmann wohl selbst zu, hat im
Großen und Ganzen die Gewerkschaftsbewegung bessere materielle
Stellung der Arbeiter nicht erreicht. Freilich sind unsere Gewerks-
chaften meist noch zu schwach und schwören zu verschiedenen
Fähnen, es kann also von ihnen noch nicht viel verlangt werden,
allein wenigstens hat die Erfahrung noch nicht gegen mich ent-
schieden. Ich fürchte aber, — Herr Hillmann wird sagen, der
Sozialist verpricht nichts, der Sozialist fürchtet nichts, er rathet
und thatet — ich fürchte aber, daß die nächste Zukunft trotz der
gewerkschaftlichen Bewegung eine weitere Verschlechterung der Ar-
beiterlage bringen wird. Die Fabrikantenvereinigungen, der Staat
als größter Fabrikant an der Spitze, haben sich sichtlich fester an
einander geschlossen, sie händigen ihre feste Lust, einander zu über-
vortheilen, weil auch sie die Macht der Einigkeit begriffen. Nur
die bisherige Uneinigkeit hat die thatsächliche Uebermacht der Ar-
beitgeber auf ökonomischem Gebiete nicht zur vollen Wirkung kom-
men lassen. Wird der Verschlechterung der Arbeiterlage, wie sie
die Herren Camphausen, Koenig und andere, die darüber sich
auszusprechen nicht für angemessen hielten, sowie die Bourgeois-
zeitungen predigen, auf dem Wege der Arbeitereinstellung ein ver-
geblicher Widerstand entgegensteht, dann wird eine allgemeine
Entmuthigung der Arbeiter eintreten, die für Jahre hinaus ver-
hängnisvoll ist, wenn nicht der Arbeiter sich von vornherein das
Mögliche seines Unternehmens klar gemacht hat, und sich bewußt

geworden ist, daß sichere und dauernde Hilfe nur durch staatliche Regelung von Arbeit und Lohn, vorläufig also durch den Normalarbeitstag, Verbot der Kinderarbeit u. geschafft werden kann. Aber ich soll ja bezweifeln, daß durch eine sozialistische Majorität im Reichstage der Normalarbeitstag eingeführt werden kann. Nun wahrlich, ein überraschendes grausames Mißverständnis des Herrn Hillmann. Wenn ich ausrufe: das läme auf die Probe an! dann sollte Herr Hillmann bedenken, daß ein „Artikelschreiber“ im „Volkstaat“ unter Probe nicht ein Experimentieren meint, welches vielleicht glücken kann, vielleicht auch 3—4mal nicht, etwa wie der bekannte Schulze'sche Antrag auf Dänen, sondern daß den Sozialisten eine Probe empfohlen wird, für deren Gelingen sie ihren ganzen Willen einsetzen, und welche deshalb gelingen muß. Im Uebrigen ist eine sozialistische Majorität im Reichstage noch gar nicht einmal nötig, es genügt schon eine respectable Minorität, denn je mächtiger die Sozialisten werden, um so mehr wird es nicht sozialistische „Arbeiterfreunde“ geben, die gern zum Paktieren bereit sind. Solche Abschlagszahlung aber ist der gesetzlich festgestellte Normalarbeitstag.

K-2.

Politische Uebersicht.

— Ein Geständniß. Die liberale „Berliner Bürger-Zeitung“ bespricht in ihrem Leitartikel vom 13. d. das gegenwärtige „Parteienwesen“ in Deutschland. Aus den auf neue Parteibildungen abzielenden Bestrebungen sei zu schließen, daß die jetzt bestehenden Parteiorganisationen „abgewirrhastet“ seien und mindestens einer gründlichen Reform bedürfen. Unter diese abgewirrhasteten und reformbedürftigen Parteien rechnet aber das Blatt nur diejenigen, die „den Fortbestand des Rechtsstaates nicht bedrohen“, wie die sozialdemokratische Partei. Denn von dieser letzteren sieht es sich genöthigt zu erklären, daß sie zu den „bestorganisirten“ gehöre und „daß die Hervollkommnung in ihrer Organisation in gleichem Verhältnis zu der Zunahme strafrechtlicher Verfolgung ihrer Mitglieder stehe.“ Die von den Sozialdemokraten nach der Vereinigung ihrer beiden Linien zu einer einzigen Arbeiterpartei drohende Gefahr für den Fortbestand des Rechtsstaates rege das deutsche Volk an, eine feste Parteiorganisation zu schaffen; „wie der Hirsch nach frischem Wasser“, so schreie es nach Neubildung der Parteien, sinde aber nirgends Entgegenkommen. Bei der „großen Mittelpartei“ der Rationalliberalen sei von Reorganisation oder Reform gar nicht mehr die Rede; der Mohr habe seine Schuldigkeit gethan, die durch Blut und Eisen angebahnte Einheit Deutschlands im Innern weiter zu fördern, meine ein Theil des Volkes; der andere, dem die „Bürger-Zig.“ beipflichtet, sei der Ansicht, daß sie diese Schuldigkeit niemals im Sinne der Auftraggeber, die eine weise gemäßigete Gesetzgebung forderten, verstanden und erfüllt habe. Die Fortschrittspartei, zu deren Prinzipien sich auch noch heute ein großer Theil der deutschen Nation bekenne, sei im Innern gespalten; ihre Führer vermögen kein bestimmtes Parteiprogramm mehr aufzustellen, keine straffe Organisation mehr anzubahnen. Darum sei das Volk gleichgültig geworden und habe kein Vertrauen mehr zu ihr. Bei der im Entstehen begriffenen conservativen Partei werde das Volk seine Rechnung auch nicht finden, denn nach deren Grundsätzen solle es an der Gesetzgebung, an der Mitregierung am wenigsten theilhaftig werden. Woher der parteibildende Messias erstehen solle, sagt die „Berliner Bürgerzeitung“ nicht, weiß es natürlich auch nicht, aber immerhin ist es sehr interessant, aus gegnerischen Mund zu hören, daß alle Parteien, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, „abgewirrhastet“ haben, und in vollster Desorganisation begriffen sind. — Avis für die „Rückgangs“-Faschünse.

— Ueber die Lage der Altenburger Kohlengruben findet sich im „Leipziger Tageblatt“ ein längerer Artikel, dem wir Folgendes entnehmen:

„Als im Jahre 1872 die Altenburg-Teitzer Eisenbahn eröffnet wurde, waren es zunächst die Gruben Vereinigtheit, Fortschritt und Friedensgrube, etwas später die Prechtliger Braunkohlengrube, die ihre Gruben durch Zechenbahnen mit dem Bahnhof in Reusfelzig verbunden und so das Geschäft betrieben; in den Preisen dieser Gruben war kein allzu großer Unterschied wahrzunehmen, da dieselben großen Absatz und nicht auf Lager zu arbeiten hatten. Ueberhaupt hielten dieselben auf Preise, die ihnen gern bewilligt wurden, und sie konnten daher auch gute Dividende fürs Jahr 1873 vertheilen. Nachdem aber nun die neueren Gruben, als Mariengrube, Germania, Ernst, Brudergesche, Gluckauf, Union und Agnes durch Schienenstränge mit dem Kohlengruben in Kriebitzsch verbunden waren, ging das Geschäft durch die vermehrte Concurrenz immer mehr herunter, die jüngeren Gruben wollten auch in die Konkurrenz kommen und Absatz erzielen und drückten die Preise so, daß auch die älteren Gruben mit den Preisen herantretzen mußten und überhaupt jetzt zu wahrhaften Schleuderpreisen verkauft wird.“

„Die Schuld liegt hauptsächlich an der Ueberproduktion; ja manche Gruben verkaufen mitunter so billig, daß sie kaum die Förderkosten decken können. Es sind uns in diesen Tagen Mittheilungen gemacht worden, die kaum glaubhaft sind. Und doch ist es so. Ein hiesiger Director hatte einem Etablissement Offerten gemacht zu Preisen, daß man staunen muß. Ich hatte neulich Gelegenheit, mit einem großen Kohlenhändler über diese höchst billigen Preise zu sprechen. Derselbe äußerte sich folgendermaßen: Warum sind denn die Herren Directoren so gutmüthig und werfen sie uns zu allen Preisen nach? Nach den Statuten der meisten Braunkohlengrube-Gesellschaften steht aber dem Aufsichtsrath das Recht zu, über die Bestimmung der Höhe der Kohlenpreise den Directoren Vorschriften zu geben. Und scheint es jedoch, als ob manche Mitglieder der Aufsichtsräthe sich wenig oder gar nicht darum kümmern, sondern diese Stellung nur als Einnahmequelle der von 5—15 Prozent ausfallenden resp. betragenden Lantidone betrachten; es ist deshalb bei Neuwahlen sehr darauf zu sehen, ob der Candidat auch ein Interesse für die Actionäre hat.“

„Man giebt die Schuld dem niedrigen Preise, auch der jetzt darniederliegenden Industrie und den billigen Steinkohlenpreisen; doch nicht darin liegt es allein; auch die Ueberproduktion trägt ihren großen Theil daran. Da nun die meisten der Directoren sich in die billigen Preise sozusagen eingelassen haben, so wäre es wohl das Zweckmäßigste und an der Zeit, wenn sämtliche Aufsichtsräthe der im Reusfelziger Reviere gelegenen Gruben eine Versammlung abhielten, um die jetzigen Calamitäten zu besprechen und darnach auf Grund der gefassten Beschlüsse den Directoren ihre Instruction zu ertheilen. Das Hauptthema würde wohl sein: in welcher Art und Weise ist der Ueberproduktion auf den Gruben des Reusfelziger Kohlensreviers entgegenzutreten? Was hilft das viele Schaffen, wenn nichts dabei herauskommt? Sehen Sie die bisherigen Jahresberichte der Gruben an, wenig Erfreuliches werden Sie aus denselben erkennen, und wohin soll das führen?“

Gleichzeitig sei noch bemerkt, daß sowohl Aufsichtsräthe wie Directoren mit der größten Sparsamkeit zu Werke gehen, in die Höhe getriebene Gehalte reduciren und zu entbehrende Beamte entlassen müssen.“

— Kurz — planlose Production. „Ueberproduktion“ heißt: es wird mehr produziert, als verkauft werden kann. Abgesehen davon, daß die Masse des Volkes und zwar gerade das arbeitende Volk heutzutage nicht so viel kaufen kann als es braucht, so daß folglich „Ueberproduktion“ Hand in Hand geht mit Massenarmuth — auf der einen Seite zu viel Waaren, auf der andern zu wenig Geld, um selbst die nothwendigsten Waaren zu kaufen — abgesehen hiervon ist kein Produzent im Stand, den Markt zu überfluthen, weil keiner weiß, was der andere produziert, ja ihn abichtlich irre zu führen sucht. So kommt es, daß ins Blaue hinein produziert wird, bis plötzlich der Markt verstopft ist — und das nennt man „Ueberproduktion.“ Dieser ökonomischen Anarchie ist nur durch eine gesellschaftliche Organisation zu steuern, welche die Gesamt-Production planmäßig regelt — mit Einem Wort durch den Sozialismus.

— Zur Impffrage. Von dem Vorstande des Anti-Impfvereins wird in den „Altonaer Nachrichten“ unterm 30. Juni a. c. Folgendes bekannt gegeben: Nachdem das Reichsimpfgesetz am 1. April d. J. in Kraft getreten ist, haben alle Bestimmungen der Impfgesetze ihre Gültigkeit verloren, mit Ausnahme der Zwangsbestimmungen der einzelnen Bundesstaaten bei dem Ausbruch einer Pockenepidemie. Nach § 1 des Reichsgesetzes sind impfpflichtig:

1. Jedes Kind vor dem Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, sofern es nicht nach ärztlichem Zeugniß die natürlichen Blattern überstanden hat;
2. Jeder Bögling einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule mit Ausnahme der Sonntags- und Abendschulen, innerhalb des Jahres, in welchem der Bögling das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach ärztlichem Zeugniß in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blattern überstanden oder mit Erfolg geimpft worden ist.

Da kein Gesetz eine rückwirkende Kraft hat, werden Kinder, welche vor dem 1. April 1875 geboren wurden, erst nach zurückgelegtem zwölften Lebensjahre impfpflichtig; mithin kann für solche Kinder der Nachweis, daß sie geimpft worden seien, in der Schule nicht abgefordert werden. Auch hat danach Niemand das Recht, Kinder welche vor dem 1. April 1874 geboren sind, zur zwangsweisen Impfung zu nöthigen. Kinder, welche eine öffentliche oder Privatschule nicht besuchen, sondern im Hause oder anderweitig unterrichtet werden, sind von dem in § 1, Ziffer 2 bestimmten Impfpflicht frei.“

Wir glauben, daß der Vorstand des Hamburger Anti-Impfvereins sich im Irrthum befindet, und daß jedes nach dem 1. April 1874 geborne Kind, welches am 1. April 1875 noch nicht geimpft ist, nach dem Wortlaut des Reichs-Impfgesetzes sofort impfpflichtig ist. Was dagegen in Bezug auf vor dem 1. April 1874 geborne Kinder gesagt wird, scheint uns unbestreitbar richtig.

— In Bayern ist dieser Tage ein neuer Landtag gewählt worden. Da die Wahlen indirekt und nach einem Censur stattfinden, haben die Sozialdemokraten sich der Wahl enthalten, und lag der Kampf ausschließlich zwischen der sogenannten Fortschrittspartei, d. h. den bismarck'schen Rationalliberalen und den Ultramontanen. Das Resultat ist noch nicht vollständig bekannt; so viel aber steht fest, daß die Pfaffen seit den letzten Wahlen zum Landtag Terrain gewonnen haben. Und das verdanken sie dem „genialen“ Kulturkampf. Wahrhaftig, jener Führer der „Schwarzen“ hatte Recht, als er sagte: „Bismarck ist für uns nicht mit Gold aufzuwiegen!“

— Der Brünner Strike ist noch nicht beendet, auch scheint die gütliche Beilegung desselben vor der Hand nicht in Aussicht zu stehen, da die Fabrikanten hartnäckig jede Lohnaufbesserung verweigern, ja sogar alle Unterhandlungen mit den gewählten Vertretern der Arbeiter ablehnen. Was aber der Hunger, dieser grimmige Feind der Arbeiter, bis jetzt nicht zu Wege bringen konnte, das scheinen die verbündeten Behörden und Fabrikanten durch Pulver und Blei erreichen zu wollen. Wie sollte man sonst anders das Vorgehen der Behörden deuten, wonach friedliche Versammlungen der Arbeiter durch Militär auseinandergetrieben werden? Die Bourgeoiszeitungen faheln zwar von ungeleglichen Zusammenrottungen der Arbeiter. Wenn man aber den Arbeitern die Abhaltung von gesetzlich erlaubten Versammlungen verbietet, dann ist freilich gut reden von ungeleglichen Zusammenrottungen. Wer ungeleglich ist, das sind die Behörden; auf deren Haupt ist denn auch alle Schuld zu laden, wenn Blut fließen sollte.

— In Lancashire (England) haben die Arbeiter einer Fabrik wegen einer Lohnbifferenz mit dem betreffenden Fabrikanten die Arbeit eingestellt. In Folge dessen wollen sämtliche Fabrikanten des Bezirks ihre Arbeiter ausperren, wenn jener Strike nicht bis Ende des Monats durch Unterwerfung der Arbeiter beendet ist. Man sieht, die Kapitalisten sind sich der Solidarität ihrer Interessen wohl bewußt. Wenn wir nur dasselbe von allen Arbeitern sagen könnten.

— Bayernrevolten sind in Rußland bekanntlich chronisch; hier unterdrückt, brechen die Flammen dort aus; aber es sind so alltägliche Ereignisse, daß man ebensowenig davon spricht, wie von einer gewöhnlichen Feuerbrunst. Nur wenn der Brand einen außergewöhnlichen Umfang angenommen, außergewöhnliche Verwüstungen angerichtet hat, hält man ihn der Erwähnung werth. Von einem solchen Ausbruch erhalten wir jetzt Kunde durch folgende Zeitungsnote:

„Riew, 7. Juli. Unter den Bauern des Kreises Tschigirin im Gouvernement Riew ist es zu bedauerlichen Unruhen gekommen, die an einzelnen Orten solchen Charakter annehmen, daß die Intervention der Militärmacht nöthig war. Wie der russischen „St. Petersburger Zeitung“ geschrieben wird, sind diese Vorgänge auf die Frage, ob Gemeinde- oder Einzelbesitz, zurückzuführen. Als diese Frage auf Grund des kaiserlichen Erlasses vor mehreren Jahren an die Bauern herantrat, sprachen sie sich mit wenigen Ausnahmen für Gemeindebesitz aus; nur die Ackerer waren dagegen. Die Reicheren, welche mehr Hände und Geräth in Bewegung setzen können, nahmen den Löwenantheil, d. h. das meiste und beste Land; den Ackerer blieben die schlechtesten und kleinsten Landstücke. Die Unzufriedenheit unter den also Geschädigten wuchs; ihre Beschwerden fanden kein Gehör oder vermochten nicht an die entscheidende Stelle vorzubringen. Zuletzt kam es denn zu jenen Auftritten, die speziell dadurch hervorgerufen wurden, daß man von allen Bauern

eine mit dem Gemeindebesitz verbundene Zuschlagsabgabe eintreiben wollte. Jetzt ist eine Commission thätig, der es bereits gelungen ist, die wahre Quelle für diese Vorgänge, aufzufinden.“

„Zur „Kassaden“ gehörte nicht viel; die „wahre Quelle“ ist längst entdeckt; es ist die alte „Quelle“, der alle russischen Bauernunruhen entspringen. Mit dem „Kassaden“ ist absolut nichts gewonnen; es gilt „die wahre Quelle“ zu verstopfen, die Ursachen des Uebels zu beseitigen — und das wird die russische Regierung nicht thun, denn dann müßte sie vor Allem sich selbst abschaffen, sammt allem Kaiserlichen und Unkaiserlichen, was drum und dran hängt.“

— Die früheren verantwortlichen Redactoren des „Volkstaat“ Preiser und Seiffert sind wegen Beleidigung weimarischer Staatsbeamten nunmehr auch in zweiter Instanz verurtheilt worden, und zwar Preiser zu vier, Seiffert zu sechs Wochen Gefängniß. Von Preiser ist bekannt, daß er gegenwärtig eine einjährige Gefängnißhaft in Zwickau verbüßt.

— Durch Ableben des früheren Reichstagsabgeordneten für Stuttgart hat sich eine Neuwahl nöthig gemacht, und ist von Seiten unserer Parteigenossen Karl Hillmann, Redacteur der „Süddeutschen Volkszeitung“, als Candidat aufgestellt.

— Parteigenosse Echeitz, dessen Verhaftung wir, ohne den Namen zu nennen, in Nr. 79 unter Wiesbaden meldeten, ist wegen Bismarckbeleidigung zu 7 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Näherer Bericht folgt in nächster Nummer.

Innere Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen werden auf einen gewissen Trieburg, Maler, aufmerksam gemacht, welcher schon in verschiedenen Orten die Parteigenossen beschwindelte; so hat er in Hameln Abonnenten auf die Parteiblätter gesammelt, und das Geld unterschlagen; in derselben Weise betrog er in letzter Zeit die Parteigenossen Dortmund's um c. 50 M.

Sämmtliche Parteiblätter werden ersucht, diese Warnung abzubringen.

Hamburg, 15. Juli 1875.

J. A.

J. Auer, E. Derossi, große Rosenstraße 36, II.

Unterstützungsfond.

Für die Gemahregelken erhielt ich in der Zeit vom 22. Juni bis heute:

Pausa durch R. Strobel M. 2,00; Gotha durch Ziegler, von A. M. und G. 4,80; Labed von Wittl. des ehemaligen Metallarbeiter-Bereins 18,00; Dittenen durch F. Heerold 30,00; Dittenen durch Ruff, ges. in der Eig.-Fabrik v. Kösting 10,00; Hamburg durch Ritter v. Hamburg Buchbinders 3,25; Hamburg durch Brauer, Gemahregelkenasse der Reiborg'schen Eig.-Fabrik 10,00; Hanau durch Carl Weber 18,00; Herold durch E. Weber, von Gefinnungsgenossen M. 7,30; Hamburg durch H. Groß, Schiffsjammerer 90,00; Dittenen durch Schmalfeld, in Hansen's Fabrik 10,00; Gistrow durch F. Döberecht 15,00; Solingen durch F. Rahl 6,60; Hamburg von Seyensberg 18,00; Hamburg aus Frankel's Fabrik 12,00; Frankfurt a/M. von Stf. 3,00; Lindenan durch G. Müller 6,00; Lohstedt durch Wegener 12,00; Preetz durch D. Reimer 5,55; Sonderburg durch D. Reimer 15,13; Apenrade durch Reimer 6,00; Flensburg durch Reimer 21,00; Glücksburg durch Reimer 4,20; Londen durch Reimer 3,85; Hasum durch Reimer 9,00; Groß-Behren durch Reimer 3,70; Großenhain durch Bänther 00,51; Berlin durch Marx, von Alfordtrügern d. Stenbelschen Bauten 2,25; Berlin durch Schulz, von Steindruckern 18,00; Gistrow v. Wollschläger, Ueberschuß von einer Bestellung 1,86; Wandsbeck durch Farber 44,47; Reimscheid durch E. Stahr 5,80; Hamburg von Braast 2,40; Reustadt i/S. durch Haß 1,10; Dresden durch R. Tröger 3,35; Regensburg durch Rulgerdorfer 2,60; Schmölln d. Martin 2,18; Elmhorn d. V. hr 60,00; Essel d. J. Weise 7,80; Großauheim d. Kronenberger 12,00; Groß-Steinheim d. Jäger 3,00; Häßl d. H. Lang 4,20; Hamburg Fabrikasse bei Kottamp 12,00; Kleinschöher d. Zieger 5,00; Bremen d. Fried 5,70; Ascherleben d. Bachheiser 1,50; Hildesheim d. Stolzenburg 3,44; Soffenheim d. R. Klein 3,00; Fulda v. Jost und Kideropp 3,00; Umbach d. Schuhmann 2,10; Uelsen d. Schneeweiß 2,05; Hürben d. Fischer 2,00; Reidsburg d. Reimer 9,00; Rappell d. Gerber 3,00; Rühlhausen d. Pöslig 0,80; Lechhausen d. Lichtensteiger 1,20; Hamburg von Fr. 1,00; Einstelel d. F. A. Müller 3,00; Birna d. F. D. Jaad 1,00.

Für den Wahlfond erhielt ich:

Hamburg von Arbeitern d. Badow'schen Eig.-Fabrik 15,00; Dittenen Wahlasse der Kober'schen Eig.-Fabrik 15,65; Uetersen Versamml. d. D. Reimer 9,00; Hamburg d. Ludwig J. ges. 2,00; Dittenen d. Heerold 30,00.

Hamburg, 17. Juli 1875.

Kugust Geib, Röhndmarkt 13.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ferner ernannt: Ahrensburg: Städler, J. Witten. Barnstedt: E. Dnew, F. Bohrmann. Berge b. Forst: E. Keiler, E. Brifmann. Bergen a. R.: F. Halliger, O. Krüger. Buntenthorsteinweg: J. Steinebach, H. Friedhoff. Burscheid: W. Gries, G. Hoffstadt. Cassel: J. Weise, E. Berthold. Celle: H. Wichtendahl. Stade: Cohn. J. Moskopp, J. Urban. Coswig i. A.: H. Moldenhauer, F. Gorze. Dortmund: E. Raibfleisch. Duisburg: A. Binnecamp, H. Fennemann. Erfurt: E. Frig, R. Wolf. Estlin: H. Schlüter, Eigenberg. Froburg: D. Häußer. Gelsenkirchen: H. Tennhaef, E. Rastenein. Glauchau: H. Schäfer, W. Reihhorn. Großauheim: A. Kronenberger, E. Bergmann. Halle a. d. S.: W. Loff, Saha. Hamm-Horn: J. H. W. Meyer, Schuhmacher. Hainhausen: Chr. Jäger, B. Ruffing. Hainichen: W. Hofmann, W. Martin. Hasiadt: A. Baumgart, E. Grope. Heibenberg: E. Weisegel, Reihing. Hohenfelde-Burgfelde: W. E. O. Drechsler, H. Schröder. Kappel: J. Kempier, Otto Gerber. Kleinkronenburg: J. Krammig, F. Th. Koz. Kleinschöher: F. Troß. E. Menzel. Lohstedt: F. E. Wegener, H. Dume. Lübeck: F. Ravel, H. Brahn, Wogdeburg: W. Klees, D. Schellhoff. Meerane: E. Lacher, F. Voigt. Meiningen: H. Schumann, H. Badofen. Mülsen St. Niklas: B. E. Wolf, H. Eberbach. Raumburg a. d. S.: L. Knauer, J. Koth. Niedertrabenstein: D. Tannert, H. John. Offenbach a. M.: B. Madert, Chr. Bauer. Reutlingen: Chr. Baly, E. Starl. Schloß-Chemnitz: Pickenheim, Leibiger. Stade: A. Wegener, E. Wildstake. Weiskirchen: A. Dit, P. Winter. Wieda: F. Täuber, H. Klapproth. Wolfenbüttel: E. Hirsch, H. Sturm. Würzburg: G. Höpfer. Wüstegiersdorf: A. Pafel.

Wir bitten, bei neuen Anmeldungen die genauen Adressen beider Agenten anzugeben.

Hamburg, den 17. Juli 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

J. A.

J. Kuer. Derossi.

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar.)

Gewerksgenossen!

Seit Wochen bereits ringen unsere Arbeitsbrüder in Brünn um Recht der Arbeit mit dem Hunger. Ist es unserer würdig, Hand in der Tasche, müßig zuzusehen, bis der Kampf vielleicht mit der Niederlage der Arbeiter endet, welche auch auf uns über kurz oder lang einen Rückschlag ausüben muß? Nein, es darf von unserer Seite nicht länger geduldet werden. Bereits haben wir auf Antrag der Augsburger Genossen 50 Thlr. nach Brünn geschickt, aber das ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Zur weiteren Flüssigmachung von Unterstützungsgebern schreiben wir eine Extrasteuer von 2/3 Groschen pro Mitglied aus, welche die Gewerksgenossen möglichst binnen 14 Tagen an uns gelangen lassen wollen. Außerdem aber regt allenhalben Sammlungen bei Nichtmitgliedern an, soviel Ihr immer könnt!

Filet that noth!

Erismittschau, den 18. Juli 1875.

Mit Gruß und Handschlag

Die Vorortverwaltung.

NB. Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt in nächster Nummer.

Braunschweig, 7. Juli. Gewerksgenossen! In Nr. 71 des „Volkstaat“ läßt die Vorort-Verwaltung endlich eine Aufklärung folgen, warum sie eine Generalversammlung noch nicht für nöthig hält. In unserem letzten Aufrufe erklärten wir freilich, mit unserem Urtheil bis zur nächsten Generalversammlung zurückhalten zu wollen. Da aber die Generalversammlung trotz des Wunsches vieler Mitgliedschaften vorläufig nicht in Aussicht steht, so müssen wir uns schon jetzt äußern.

Die Vorort-Verwaltung scheint den Mitgliedschaften, die nach den Statuten nur ihr Recht verlangen, einen Vorwurf daraus machen zu wollen. Wir überlassen es den einzelnen Mitgliedschaften, die Widersprüche im letzten Aufrufe in Nr. 71 des „Volkstaat“ in Betracht zu ziehen. Es sind nach Meinung der Vorort-Verwaltung keine Gründe vorhanden, eine Generalversammlung abzuhalten, und doch beweist der Aufruf zur Genüge, daß die Verhältnisse nicht der Art sind, wie sie sein müssen. Kann es wohl einen triftigeren Grund zur Abhaltung der Generalversammlung geben wie diesen? Aber auch außer Diesem gibt es noch so Manches zu regeln und zu ändern, so daß wir gar nicht begreifen können, wie sich eine Verwaltung weigern kann, den Wünschen der Mitglieder Rechnung zu tragen.

Wir sehen in unserer Verwaltung nur die ausführende Gewalt der ganzen Genossenschaft, und verlangen deshalb, daß sie die Beschlüsse der Gesamtheit respektiere und ausführe! Hat unsere Verwaltung das gethan? — Diese Frage mögen die Mitglieder sich selbst beantworten, wenn sie das letzte Protokoll zur Hand nehmen und auf Seite 9 den Antrag Wendler's lesen.

Außerdem beruft sich die Verwaltung auf das Protokoll; es sei ihr hiernach überlassen worden, eine Generalversammlung nach ihrem Ermessen einzuberufen. Dem ist aber nicht so. Wenn die Mitglieder das Protokoll durchlesen, so finden sie auf Seite 30 nur, daß es der Vorortverwaltung überlassen ist, den geeigneten Ort für die nächste Generalversammlung zu bestimmen.

Wir kommen nun zu einem anderen Punkte. Schon in Nr. 59 des „Volkstaat“ heißt es (was auch in Nr. 71 wiederholt wird), wenn wir mit dem, wie es die Verwaltung macht, nicht zufrieden seien, so sollten sich die Mitglieder eine besonderte Verwaltung zulegen. Als im vorigen Jahre in Chemnitz auf der Generalversammlung über die Befolgung der Verwaltung debattirt wurde, sprachen sich die anwesenden Delegirten, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, er für seinen Theil beanspruche nichts, dafür aus, daß Keiner umsonst arbeiten solle, damit die Verwaltung verpflichtet wäre, den Beschlüssen der Generalversammlung und mit dem Willen der Mitglieder pünktlich nachzukommen. (Siehe Seite 30 des Protokolls.) Was hat nun unsere Verwaltung gethan? In Nr. 59 des „Volkstaat“ giebt sie Antwort. Sie sagt: „Freilich hätte mehr gethan werden können und müssen; dieß ist aber Sache der Mitglieder und nicht der Verwaltung. Wir als feierabendliche Verwaltung haben genug gethan.“ Die Mitglieder zu Braunschweig glauben, daß die Vorortverwaltung sich mit dieser Aeußerung das größte Armutzeugniß selbst ausstellte. Wenn die Verwaltung erklärt, es sei Sache der Mitglieder, zu agitiren, und nicht die übrigen, dann möchten wir wohl wissen, ob die Mitglieder der Vorortverwaltung sich als Nichtmitglieder der Genossenschaft ansehen. Und wenn die Verwaltung meint, sie brauche dieß nicht, dann ist unser Ausdruck wohl richtig, die Verwaltung sei nicht lebensfähig. Unserer Meinung nach ist die Vorortverwaltung in erster Linie verpflichtet, so oft sich die Gelegenheit dazu darbietet, zu agitiren und neue Mitgliedschaften heranzuziehen; es stehen derselben in erster Reihe Material und Mittel zur Verfügung, aber sie macht davon keinen Gebrauch, sondern sagt, sie sei jede Stunde zufrieden, wenn ihr das unanständige Amt abgenommen werde. In dem Aufrufe in Nr. 71 des „Volkstaat“ wird ferner gesagt, wir Braunschweiger erwarteten alles Heil von einem Congresse. Heil erwarten wir nicht, aber getragene Zustände, durch die unsere Genossenschaft gehoben wird, und ferner erwarten wir, daß der jetzigen Verwaltung das unanständige Amt abgenommen wird.

Es tritt nun die Frage an die Verwaltung heran, was dieselbe bewog, das Resultat der Urabstimmung nicht zu veröffentlichen zu der Zeit, wo von der Verwaltung der Termin festgesetzt war. Die Verwaltung sagt zwar, die Vereinigung und Neuorganisation des Gewerkschaftswesens hätten sie zurückgehalten! Was geschieht aber eine Abstimmung? Ewa zur Lust und zum Vergnügen der Verwaltung? Die Verwaltung wundert sich über unsere Liebenswürdigkeiten, womit wir sie bedacht; wären wir so vorgegangen in unserm Aufrufe, wie die Vorortverwaltung, so würden noch andere Liebenswürdigkeiten zu Tage getreten sein. Wir kommen nun zu der Beleidigung, die schon in Nr. 54 des „Volkstaat“ und von der Verwaltung zu Theil wurde und die in Nr. 71, nur in anderer Form, wiederholt wird. Nach den Ausführungen der Vorortverwaltung soll nur ein Brief nicht zur rechten Zeit an uns beantwortet sein in Folge einer verschriebenen Adresse, woran noch dazu der Absender hier in Braunschweig die Schuld tragen soll wegen der abgekürzten Adresse. Auf Letzteres können wir nur erwidern, daß wir die Schreibweise unseres gewesenen Vertrauensmannes kennen und wissen, daß dessen Adressen deutlich genug geschrieben werden.

Ueber andere Mitgliedschaften, die erwähnt wurden, können wir kein Urtheil fällen, nur so viel steht fest, daß es kleinlich von einer demokratischen Verwaltung ist, wenn sie Schwachen und Mängel ihrer eignen Mitglieder, weil sie unzufrieden mit dem Vorgehen der Verwaltung sind, der Öffentlichkeit übergibt. Solches gehört nur vor die Generalversammlung.

Wenn wir nun ferner noch beantragen, eine außerordentliche Generalversammlung mit Hinweis auf § 30 unseres Statuts einzuberufen, und es wird uns dann der Vorwurf gemacht, wir hätten noch nicht den Nachweis geführt, ob wir die nöthige Zahl von einem Sechstel der Mitglieder zusammen gebracht hätten, so ist dies erst recht ein Beweis, daß die Verwaltung ihre Schuldigkeit nicht gethan, da die verschiedenen Mitgliedschaften noch nicht einmal wissen, wie viele Mitglieder zusammen der Genossenschaft angehören, geschweige denn wie viele an den einzelnen Orten.

Und nun zum Aufsichtsrathe. Derselbe spricht nach § 31 des Statuts uns das Recht ab, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen aus dem Grunde, weil wir uns nicht zuvor Beschwerde führend an denselben gewandt haben. Nun Genossen, wenn ein Aufsichtsrath das Vorgehen der Verwaltung gut heißt, wo gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung gehandelt ward, so ist der Aufsichtsrath nicht lebensfähig, und mithin sind die Mitglieder zu Braunschweig auch mit dem Aufsichtsrathe nicht zufrieden. Wie aber soll nun eine Beschwerde geführt werden, wenn Verwaltung und Aufsichtsrath Hand in Hand gehen, wozumöglich verschwört oder befreundet sind? Es kann da nur der Aufruf an die Mitglieder erfolgen, was auch geschehen ist. Es mögen dieserhalb die Mitgliedschaften beim Bescheiden der Generalversammlung ihre Delegirten beauftragen, dafür zu wirken, daß der § 22 unseres Statuts geändert wird, so daß nicht Verwaltung und Aufsichtsrath an einem Orte wohnen; dann werden wohl die Mitglieder nicht erst nöthig haben, den Aufsichtsrath an seine Pflicht zu erinnern, wenn die Verwaltung ihre Schuldigkeit nicht thut. Was nun die Drohung des Aufsichtsraths anbelangt, es stehe uns schlecht an, einen solchen Vorwurf zu machen, und er werde dies auf der Generalversammlung beweisen, so können wir nur nicht begreifen, weshalb Verwaltung und Aufsichtsrath sich dazwischen sträuben, eine Generalversammlung einzuberufen. Wir fürchten uns nicht, wir wissen, daß wir unsere Schuldigkeit gethan haben.

Und nun, ihr Genossen, an die Arbeit; es gilt die Casseverhältnisse zu regeln — es gilt, Verwaltung und Aufsichtsrath zu trennen und dem jetzigen Vorort das unanständige Amt abzunehmen. Die vorstehenden Gründe sind wohl schon hinreichend als Grundlage für die Generalversammlung. Aber außerdem giebt's in der Kranken- und Sterbecasse manches schöne Stück Arbeit, wenn wir nicht sagen sollen, die centralisirten Casse waren ein Traum.

Schließlich bitten wir die verschiedenen Mitgliedschaften, die mit unserem Vorgehen einverstanden sind, uns doch zu benachrichtigen, wie stark ihre Mitgliederzahl ist, damit wir der Vorortverwaltung sagen können, wie viel Mitglieder für die Abhaltung einer Generalversammlung sind, und ob dann nicht ein Sechstel herauskommt.

Der Mitgliedschaft Plauen möchten wir doch empfehlen, da sie noch im Entzweien ist, alte Mitgliedschaften nicht zu verächtigen; uns kann es gleich sein, welcher Ort zum Vororte gewählt wird, wenn er nur seine Schuldigkeit thut.

Dieses unsere Antwort auf ein Schreiben, das von Widersprüchen voll ist. Da wird z. B. im Anfange gesagt, daß viele Mitgliedschaften mit dem Vorgehen der Verwaltung einverstanden seien, während am Schlusse doch erst angefordert wird, Etwas von sich hören zu lassen.

Ja, Genossen aller Orte, erwacht einmal von Eurem Schlafe, zeigt, daß Ihr Männer seid, die selbstständig handeln gelernt haben und sprecht es aus, daß Ihr gewillt seid, zu helfen am Aufbau einer schöneren und besseren Zukunft. Wenn auch noch nicht für den Augenblick uns große Vortheile geboten werden, so müssen wir denken, wir sind beim Säen, mögen unsere Nachfolger ernten.

Mit brüderlichem Gruß!

Für die Braunschweiger Mitglieder:

Fritz Rixner, Vertrauensmann.

NB. Alle ferneren Zuschriften sind mit der Adresse zu versehen: Fritz Rixner, Damm Nr. 9.

(Wir haben die Uebersetzung gewonnen, daß auf diesem Wege ein Ausgleich nicht zu erzielen ist, wir glauben deshalb die Polemik für beendet ansehen zu können und sind überzeugt, daß die Generalversammlung die Differenzen beilegen wird. Es bedarf nur des guten Willens. R. v. B.)

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Hiermit mache ich allen Collegen bekannt, daß die Wahl beendet ist. In den Vorstand sind Unterzeichneter und Jürgensen als Vorsitzende und B. Sohn als Cassirer gewählt worden. In die Berathungskommission wurden B. Duhn und C. Pötcher aus Hamburg und M. Semmelhad aus Altona gewählt. In die Controlcommission wurde von Altona J. Springhorn, von Hamburg E. Boff, von Harburg J. Berger, von Reihersitz Hermann Behrs und von Niensbüden Johannes Kröger gewählt.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

H. Groß, St. Pauli, Bergstr., Hof 23, Bude 2.

Metallarbeitergewerkschaft.

Leipzig. An die Bevollmächtigten der Metallarbeiter-, Holzarbeiter- und Maurergewerkschaft. Ich sehe mich veranlaßt, an die obengenannten Bevollmächtigten die Bitte zu richten, etwaige überschüssige Exemplare der Nr. 19 der „Union“ an mich gelangen zu lassen, da mir noch 40 Stück fehlen und von der Druckerei keine mehr zu haben sind.

Mit Gruß und Handschlag

R. Ludwig, Bevollmächtigter der Metallarbeitergewerkschaft, Bayerische Straße Nr. 9c, 4 Tr.

Correspondenzen.

Chemnitz. Die hiesige „Freie Presse“ berichtet über eine Volkversammlung mit Hibernissen, in welcher Wiemer über das neue Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands sprach. Der Redner nahm Punkt für Punkt das Programm durch, und kam auch bei Gelegenheit der Besprechung der Pflichten, die der Staat seinen Angehörigen gegenüber habe, auf die Koalitionsfreiheit zu sprechen. Als der Redner nachwies, daß diese Freiheit nicht gleichmäßig für die Fabrikanten- und Arbeitervereinigungen existire, daß die Fabrikanten sich eines größeren Maßes von Frei-

heit erfreuten, und als er hierbei als einzige gegen die Arbeiter gerichtete Polizeimaßregelungen zu sprechen kam, da trat plötzlich der Polizeispektor Carus auf und forderte von dem Vorsitzenden, daß er dem Redner das Wort entziehe. Als der Vorsitzende diesem Gebot nicht sofort Folge leistete, bejahl der Herr Polizeispektor dem Redner, die Tribüne zu verlassen. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden, ob Wiemer in dieser Versammlung überhaupt nicht mehr sprechen dürfe, erklärte der Herr Polizeispektor, daß er dem Redner das Wort gänzlich entzogen habe. Nach Wiemer ergriffen sodann noch Stiegler und Fischer das Wort. Jedemfalls muß Herr Carus überzeugt gewesen sein, daß er seine polizeilichen Befugnisse überschritten hatte, denn als Wiemer nochmals das Wort nahm und schließlich erklärte, daß er sein unterbrochenes Referat in einer demnächst einzuberufenden Versammlung beenden werde, da intervenirte der Herr Polizeispektor nicht. Wir sind überzeugt, daß dieser Zwischenfall dazu beiträgt, daß die nächste Versammlung nur um so stärker besucht sein wird.

(Diese Correspondenz wurde während der Haft Seiffert's von der Gefängniß-Censur beanstandet. R. v. B.)

Eisenach. Der hiesige Herr Untersuchungsrichter heißt B. Bohne und nicht John, Bohne, Bohne oder Rohne (S. Nr. 71 des „Volkstaat“).

Forst. (Zur Behandlung politischer Gefangenen.) Am 5. Juli vergangenen Jahres wurde ich in Sommerfeld während einer Volksversammlung, in welcher ich als Redner auftrat, verhaftet und nach fünfzigtägigem Aufenthalt in einem elenden Polizeigefängniß — das ich bereits im „Volkstaat“ geschildert habe — entlassen. Ich reiste nach meiner Entlassung wieder nach Forst, woselbst mir wegen meines langen Ausbleibens die Arbeit gekündigt wurde, und da die Geschäfte darnieder lagen, so blieb mir nichts anderes übrig, als wieder den Wanderstab zu ergreifen. Nach ungefähr einem halben Jahre reiste ich auf Wunsch mehrerer Freunde wieder nach Forst und erhielt daselbst auch Arbeit. Raum 14 Tage in Arbeit wurde ich am 3. Februar d. J. Abends 9 Uhr in meiner Wohnung verhaftet und in das hiesige Polizeigefängniß abgeführt, und zwar abermals wegen der oben angeführten Rede. Den nächsten Tag wurde ich nach Soran an das kgl. Kreisgericht abgeliefert; daselbst eröffnete man mir, daß meine Verhaftung wegen Fluchtverdachts erfolgt sei. Ich protestirte dagegen und lieferte den Nachweis, daß von einer Flucht bei meiner fortwährenden öffentlichen Thätigkeit gar keine Rede sein könne, und stellte ich den Antrag auf Freilassung, welchem Antrage am 19. Februar auch Folge gegeben wurde. Bevor ich jedoch weiter fortfahre, will ich noch die Ergebnisse im Gefängniß kurz erwähnen. Bei meiner Ankunft in Soran wurde ich in eine Zelle gesteckt, die ziemlich freundlich genannt werden konnte. Als Lectüre hatte ich eine Bibel und ein Gesangbuch nebst einer samojen Gefängnißordnung zur Verfügung, letztere enthielt nebst andern haarsträubenden Paragraphen auch die — körperliche Züchtigung. (Die Gefängnißordnung war von der kgl. Regierung zu Frankfurt a. D. unterzeichnet.) Nach zwei Tagen wurde ich plötzlich vorgelesen. Ich dachte, es geht in die „Freiheit.“ Leider war es ein Verthum von mir, denn man führte mich in ein großes — Kleidermagazin und eröffnete mir, daß ich mich hier zu entkleiden habe. Ich wehrte mich gegen diese Maßregel jedoch ohne Erfolg, denn ich mußte meine Kleidung abgeben und erhielt dafür einen Staatsanzug, bestehend aus einer Jacke und Hosen von Sadleinwand, ein großes Hemd sammt Hals- und Taschentuch, ein paar gestickte Häftsocken sammt zerrißnen Holzpantoffeln. Erwähnen muß ich noch, daß das Ankleidezimmer ungeheuer war, so daß mir die Jähne vor Frost einander schlugen, trotzdem mußte ich mich völlig nackt ausziehen. Nachdem ich nun „eingekleidet“ war, wurde ich in eine unheimliche Zelle zu zwei ganz rohen Menschen gesteckt. Als Beschäftigung erhielt ich Wolle zum Sortiren, wofür, wie ich hörte, 4 Pfennige pro Tag gezahlt wird. Als einmal 2 Tage lang keine Wolle da war, äußerte ich zum Gefangenaufseher, ob ich nicht etwas zum Lesen erhalten könnte, als Antwort darauf erhielt ich den Bescheid, daß nur Sonntags gelesen wird. Die Behandlung war mit einiger Ausnahme schlecht, und muß ich hier besonders den Herrn Oberaufseher hervor heben, welcher mir sogar — Dirscheiben antrug, weil ich gegenüber dem Untersuchungsrichter nicht die gehörige „starre“ Haltung einnahm. Meine Beschwerden blieben erfolglos; ich muß jedoch erwähnen, daß die wegen gemeiner Verbrechen in Haft befindlichen Personen einer weit größeren Freiheit und besseren Behandlung sich erfreuen konnten. Spazieren durste ich nicht gehen und war ich daher auf die Jellenlust angewiesen, welche bekanntlich nicht die gesundeste ist. Die Kost war ekelhaft. Möbel waren außer einer Bank und einem Stuhl keine vorhanden. Licht gab es nicht, daher mußte man im Finstern (8 Uhr Abends) seine Lagerschäfte zurecht richten und früh 6 Uhr wieder hinausgehen. Das Wasser war nicht zum Besten und wurde mir täglich nur einmal in einer alten hölzernen Ranne verabreicht. Letztere Zeit erhielt ich einige Erleichterungen gewährt, und zwar bezog ich eine Zelle für mich allein und konnte auch das „Capital“ von E. Marx in meiner freien Zeit studiren. Und nun zu meiner Entlassung zurück. Man entließ mich im strengen kalten Winter, ohne einen Pfennig Reisegeld, trotzdem man mir bei meiner Haftnahme den Betrag von 4 Thlr. 16 Gr. sammt Uhr abgenommen hatte. Niemand wollte competent sein, mir wenigstens die Bahnkosten zu zahlen. Es blieb mir daher nichts anderes übrig, als mir das Reisegeld zu erbetteln, um mich vor dem Erfrierungstode zu schützen. Kurz, ich begreife heute noch nicht, wie man mir mein eigenes Geld vorenthalten konnte. Ich reiste wieder nach Forst, wo ich nach achtzigem Warten Arbeit erhielt. Raum in Arbeit, wurde ich den 1. März neuerdings verhaftet und zwar auf Veranlassung des Staatsanwalts. Endlich den 15. März hatte ich Termin, wo ich freigesprochen wurde. Der Staatsanwalt jedoch, nicht zufrieden mit meiner Freisprechung, appellirte, worauf ein Termin für den 8. Juni anberaumt gewesen ist, und siehe da, es erfolgte zum zweiten Mal meine Freisprechung, trotzdem der Oberstaatsanwalt 3 Monate beantragte.

Bei der am 15. März erfolgten Freisprechung erhielt ich mein abgenommenes Geld noch nicht ausgefolgt und mußte ich daher zur Reize nach Forst das Geld von den Entlassungszeugen borgen. Erst nach mehreren Wochen erhielt ich nach zweimaliger Reklamation mein Geld sammt Uhr zugesandt.

So steht es im neuen deutschen Reich. 35 Tage Haft in drei Katen bei schlechter Behandlung ohne strafbar zu sein, und als Entschädigung für all diese Unbill drei Mal die Existenz gefährdet. — Das heißt man Gerechtigkeith!

Trotz aller Maßregelungen wird die Sozialdemokratie weiter kämpfen. Daher Brüder! tretet ein in unsere Reihen; schaaert Euch um das Banner der Menschenliebe, damit uns baldigt die Morgenröthe der Freiheit begrüßt.

Hugo Schmidt.

Barmen, 11. Juli. Bei einer hiesigen Handlungs-Firma Holtrind und Lohse) haben sämtliche Bandwirter Samstag, den 3. Juli, die Arbeit eingestellt wegen eines Lohnabzugs von

